



## Appell an die Bundesregierung

### IPPNW fordert von der deutschen Regierung den Einsatz für einen sofortigen Waffenstillstand und eine Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit im Nahen Osten

Wieder ist ein Krieg im Nahen Osten entflammt: Wir sehen Bilder einer terrorisierten Bevölkerung, tote und verletzte Zivilisten, zerstörte Brücken, Straßen, Flughäfen und Elektrizitätswerke.

Laut einer gemeinsamen Erklärung von UNICEF (Kinderhilfswerk der UN) und der WHO (Weltgesundheitsorganisation) hat der israelische Bombenkrieg bislang 500.000 Menschen in die Flucht getrieben. Die Helfer schlagen Alarm: „Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser und Strom ist auch abseits der Kampfhandlungen nicht mehr gesichert“.

Gleichzeitig halten die militärischen Übergriffe auf die Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland weiter an. Wegen der Bombardierungen auf das Elektrizitätswerk in Gaza am 28.06.06 und dem Verbot, Öl, Nahrung und Medikamente in die besetzten Gebiete zu transportieren, droht der Ausbruch von Seuchen. Kranke Menschen können nicht mehr in den Krankenhäusern versorgt werden.

Trotz dieser erschreckenden humanitären Katastrophe haben laut Zeitungsmeldungen die amerikanische und britische Regierung der israelischen Regierung zugesichert, das militärische Vorgehen noch eine Woche zu tolerieren, bevor die beteiligten Parteien zu einem Waffenstillstand aufgerufen würden.

Angesichts dieser humanitären Katastrophe, angesichts des sich weiter ausdehnenden Krieges im Nahen Osten, sind wir Ärzte der IPPNW entsetzt über die Haltung unserer Bundesregierung.

Wir bedauern, dass die deutsche Regierung sich vor einer klaren und eindeutigen Stellungnahme drückt und sind empört, dass sie ihre Rüstungskooperation mit der stärksten Regionalmacht im Nahen Osten und gleichzeitiger Atommacht nicht längst abgebrochen hat.

Wie die vorherigen wird auch dieser Krieg im Nahen Osten keinen Frieden bringen!

Die IPPNW fordert die deutsche Regierung auf:

- jegliche Waffenlieferung in die Region sofort zu stoppen;
  - von der israelischen Regierung ein sofortiges Ende der Militäroperationen zu fordern;
  - sich in der EU und bei den G8-Partnern für einen sofortigen Waffenstillstand aller Seiten einzusetzen;
- (weiter Seite 2)

**Deutsche Sektion der  
Internationalen Ärzte für die  
Verhütung des Atomkrieges/  
Ärzte in sozialer  
Verantwortung e. V.**

International Physicians  
for the Prevention  
of Nuclear War (IPPNW)

**Vorstand**

Dr. Angelika Claußen  
Dr. Winfried Eisenberg  
Stephan Hohmann  
Matthias Jochheim  
Dr. Ibrahim Lada'a  
Okka Kimmich  
Christoph Krämer  
Prof. Dr. Peter Riedesser



Körtestraße 10  
10967 Berlin  
Telefon 030/698 07 40  
Telefax 030/693 81 66  
E-Mail [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

**International Councillor**  
Dr. Nicola Kaatsch  
**Deputy International Councillor**  
Dr. Helmut Lohrer  
**Ehrenvorstandsmitglieder**  
Prof. Dr. Ulrich Gottstein  
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter  
**Wissenschaftlicher Beirat**  
Dr. Jan van Aken  
Prof. Dr. Andreas Buro  
Dr. Dieter Deiseroth  
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr  
Dr. Heinz Loquai  
Dr. Götz Neuneck  
Prof. Dr. Norman Paech  
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake  
Prof. Dr. Otmar Wassermann

(Seite 2)

- sich für die Ziele der Genfer Initiative von 2003 einzusetzen, durch die prominente israelische und palästinensische Kräfte ein quasi unterschrittsreifes Friedens-Abkommen vorlegten;
- konkrete Schritte für die Organisation einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nahost einzuleiten.  
In dieser Konferenz verhandeln die unmittelbar beteiligten Kriegsparteien Israel, die gewählte Regierung der Palästinenser und die libanesische Regierung sowie Hisbollah miteinander. Weitere Themen der Konferenz sind die kontrollierte Abrüstung unter Einschluss des Verzichts auf Atomwaffen, sowie wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit als langfristige Ziele. Zu diesen Themen müssen vor allem Syrien und der Iran mit einbezogen werden.

Die IPPNW ist davon überzeugt, dass ein ernsthaftes Eintreten für eine solche Konferenz seitens der deutschen Regierung alle friedlichen Kräfte in der Region stärken wird.

Der Vorstand der deutschen Sektion der IPPNW

Berlin, 21.07.2006

